



## Pressemitteilung

---

### ***Kann man mit Kita-Plätzen Geschäfte machen?***

In einer PM vom 22.06.2012 greifen die Grünen Friedrichshain-Kreuzberg ein brisantes Thema auf. Sie erklären: "...dass Eltern die Zahlungen in Kauf nehmen (Zusatzbeiträge von 250 € u.ä., Anm.)" und sehen dies als einen nicht hinzunehmenden Zustand. Insbesondere werden in diesem Zusammenhang Zusatzbeiträge, Aufnahmegebühren und Bürgschaften angeprangert.

Der Dachverband der Berliner Kinder- und Schülerläden (DaKS) vertritt im Land Berlin über 500 kleine Betreuungseinrichtungen, die in aller Regel durch Eltern selbst organisiert und verwaltet werden. Der durch die PM der Grünen Friedrichshain-Kreuzberg erfolgten Pauschalierung wollen wir an dieser Stelle einige differenzierende Argumente entgegen setzen.

### **Verzweifelte Eltern sind die Folge der mangelhaften Kitaplanung von Bezirk und Land**

Dass Eltern heute einen Betreuungsvertrag in einer Kita abschließen, obwohl an den Vertrag Bedingungen gekoppelt sind, die sie sonst nicht akzeptieren würden hat einen einzige Ursache: es gibt zu wenige Plätze und sie haben daher keine Wahl. Gerade in Teilen von Friedrichshain-Kreuzberg (aber eben nicht nur dort) herrscht akuter Mangel. In den zurück liegenden Jahren war es aber auch gerade die Bezirksverwaltung Friedrichshain-Kreuzberg, die es Elterninitiativen sehr schwer machte neue Plätze zu schaffen bzw. als "nicht steuerbaren" Teil der Kitalandschaft ganz ablehnte. Das Potential der selbstorganisierten Kinderbetreuung wurde nicht ernst genommen. Das Ergebnis dieser Haltung erleben wir jetzt auf dramatische Weise. Immer mehr Eltern gehen auch deshalb den Weg der Gründung eines Kinderladens. Allein im ersten Halbjahr 2012 haben wir über 20 Neugründungsimpulse aus den Bereichen Friedrichshain/Prenzlauer Berg beraten.

### **Sonderwünsche zum Nulltarif?**

Die Berliner Kitalandschaft befindet sich in einem Dilemma. Eltern wollen für ihr Kind eine Förderung, die den gesteckten (und finanzierten) Rahmen in Berlin oftmals sprengt. Manche Kitaträger versuchen diesen Wünschen immer wieder auch gerecht zu werden, sei es mit zusätzlichen Kursangeboten, dem besonderen Gesamtprofil oder deutlich verlängerten Öffnungszeiten. Doch all diese zusätzlichen Angebote sind nicht durch die Finanzierung des Landes gedeckt, erfordern also Zuzahlungen. So entstanden und entstehen auch immer Kitas, die weit über das übliche Maß hinaus Angebote unterbreiten und dafür dann auch Zusatzbeiträge erheben, weil es offensichtlich ausreichend Eltern gab und gibt, die genau dieses Angebot für ihr Kind wünschen. Über den Mehrwert

von "noch ein Kurs und noch ein Kurs" im Kitaalltag kann man sich zwar trefflich streiten. Unstrittig ist aber, dass es nicht funktionieren kann und wird, den Wünschen der Eltern an dieser Stelle gerecht zu werden, ohne dass dafür eben Zusatzbeiträge anfallen.

### **Einzelne schwarze Schafe hatten schon immer ihre Spielwiese, bekommen heute jedoch vielleicht mehr Futter**

Auch wir hören in unserer alltäglichen Beratung von Einzelfällen, in denen nach unserer Meinung das vernünftige Maß an Zusatzbeiträgen deutlich überschritten wird. Dies ist aber keine neue Beobachtung und wir können nicht bestätigen, dass es hier einen signifikanten Anstieg dieser Fälle gibt. Wir beobachten eher, dass Eltern über ihre Rechte ganz gut informiert sind, und im Zweifelsfall auch Zusatzbeiträge kündigen (was bei allen Kitaformen außer der EKT geht, ohne dass dadurch der Betreuungsvertrag aufgelöst wird). Nach unserer Erfahrung bewegen sich die zusätzlichen Beiträge im Schnitt aber sehr deutlich unter den in der PM der Grünen genannten 250 €. In einer Stichprobe innerhalb unserer EKT-Mitglieder sind wir auf eine Spannbreite von 20 € bis 70 € gekommen (im Wissen, dass es auch die EKT ohne Zusatzbeitrag und die mit 100 € gibt).

Schwarze Schafe haben also dort und so lange leichtes Spiel, wo es keine Wahlmöglichkeit für Eltern gibt. Dem Grunde nach ist aber jede Kita, egal ob EKT, großer freier Träger, Kirche oder Eigenbetrieb auf Zusatzbeiträge angewiesen, da die Finanzierung durch das Land Berlin keine kostendeckende Finanzierung ist. Im Berliner Modell wird vielmehr davon ausgegangen, dass 7% andere Einnahmen akquiriert werden müssen. Die Form dieser Akquise kann sehr unterschiedlich sein, bei manchen heißt sie dann eben Gruppenkasse oder es wird für jede Sonderaktion gesondert Geld eingesammelt, bei anderen ist es ein verbindlich im Vertrag geregelter Zusatzbeitrag (bei EKTs ist dies der Regelfall).

### **Aufklärung der Eltern und das konsequente Handeln der Aufsichtsbehörde**

Es gibt heute viele Möglichkeiten, Eltern über ihre Rechte aufzuklären. Unsere eigene Beratungstätigkeit ist nur ein Beispiel. Neben den Beratungsangeboten der bezirklichen Jugendämter und der Verbände soll an dieser Stelle noch die Kitaaufsicht genannt werden. Nach unserer Wahrnehmung reagiert diese rigoros, wenn Träger entgegen der gesetzlichen Norm Zusatzbeiträge erheben. Hier erfolgen Auflagen und Sanktionierungen. Voraussetzung einer Prüfung der individuellen Bedingungen bei einem Träger ist natürlich stets, dass die Kitaaufsicht Kenntnis erhält. In Fällen von Zusatzbeiträgen, denen keine "besonderen, von Eltern gewünschten Leistungen" (KitaFöG §23 Abs. 3 Punkt 3) entgegen stehen, wird die Kitaaufsicht entsprechende Maßnahmen einleiten. Die Kitaaufsicht stellt auch seit Jahren Musterbetreuungsverträge für freie Träger zu Verfügung, der DaKS bietet für das Modell EKT einen mit der Kitaaufsicht abgestimmten Musterbetreuungsvertrag ebenfalls an. Auch dies müsste dem Bezirksamt Friedrichshain-Kreuzberg bekannt sein.

Im übrigen ist die in der PM genannte Aufnahmegebühr dem Grunde nach nicht durch das KitaFöG gedeckt und somit weitestgehend unzulässig - so berät auch die Kitaaufsicht, oder auch wir als Verband.

Mit den in der PM genannten Bürgschaften verhält es sich ein wenig anders. Bis heute gibt es (ausgenommen das versprochene aber noch nicht aktivierte Kitaausbauprogramm) keine finanzielle Unterstützung durch das Land Berlin oder die Bezirke, wenn Träger Kitaplätze schaffen. D.h., Träger werden mit den Startinvestitionen für Umbauten, Ausgestaltung und Möblierung allein gelassen. Das finanzielle Risiko liegt ohnehin nicht nur in der Startphase sondern auch im Betrieb ganz allein auf Trägerseite, denn das Land Berlin bezahlt nur den Platz, der auch belegt ist. Die Konsequenz: Träger müssen sich Geld leihen. Im Fall der EKTs erfolgt dies meist über sog. Sammelbürgschaften bzw. Kleinstbürgschaften. Die Elternschaft teilt sich also in kleineren Teilen das Risiko des Darlehens, ist auf der anderen Seite aber durch die Trägerschaft im Elternverein das steuernde Instrument, damit es mit der Rückzahlung klappt. Seit über 15 Jahren kennen wir dieses Modell und uns ist kein Fall bekannt, in dem die Eltern tatsächlich ins eigene Portemonnaie greifen mussten, weil das Darlehen geplatzt ist.

### **Lösung: Regulierung durch Wahlfreiheit, Finanzierung der Startinvestition und des laufenden Betriebs**

Wenn man also das Knäuel dicker Wolle einmal komplett entwirrt hat und die Zusammenhängen zwischen Ursache und Wirkung nachvollziehen kann, versteht man vielleicht auch, dass eine bessere Aufklärung von Eltern zwar immer gut ist, das eigentliche Problem aber nicht löst.

Die Forderungen der Grünen müssten deshalb konsequenterweise auch an die eigene Jugendstadträtin gerichtet werden sowie an die eigene Fraktion im Abgeordnetenhaus. Hier bedarf es eines entschlossenen Unterstützungsmanagement für gründungswillige Elterngruppen, eine positive Grundhaltung gegenüber neuen Trägern verbunden mit dem Wissen, dass nur wenn Eltern wählen können, schwarze Schafe abgewählt werden können. In der Politik ist es ein bisschen einfacher: wenn die gute Alternative fehlt, geht der Wähler einfach nicht zur Wahl - bei der Kinderbetreuung funktioniert dieses Prinzip für Eltern leider eher nicht. Wir sind aber davon überzeugt, dass, wenn sie die Wahl haben, sie ihre Stimme (und damit ihren Gutschein) denen geben, die am besten zu ihnen passen.

*Babette Sperle und Roland Kern*

Für Rückfragen:  
babette.sperle@daks-berlin.de  
030 7009 425 10  
0171 3291690